

Antrag

der Abgeordneten Fritz Kuhn, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bahn–Börsengang angesichts der internationalen Finanzkrise verschieben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Eine Teilprivatisierung der DB Mobility Logistics AG (DB ML AG), in der der gesamte Personen- und Güterverkehr der Deutschen Bahn AG zusammengefasst wurde, ist angesichts der internationalen Krise der Finanz- und Kapitalmärkte unverantwortlich. Unabhängig davon, wie man zu dieser Privatisierung steht, kann es weder im Interesse des Bundestages noch der Bundesregierung sein, die Anteile unter Wert zu verkaufen, nur damit der Börsengang überhaupt zustande kommt. Der von der Bundesregierung ursprünglich angenommene Erlös von bis zu 8 Milliarden Euro für den Anteil von 24,9 Prozent an der DB ML AG ist im derzeitigen Kapitalmarktumfeld unrealistisch. Wie aus verschiedenen Fachpublikationen zu erfahren, ist derzeit eher von Privatisierungserlösen in Höhe von 4 bis 4,5 Milliarden Euro auszugehen. Den Börsengang zum 27.10.2008 unter den Bedingungen der aktuellen weltweiten Finanzmarktkrise voranzutreiben, ist unverantwortbar und kommt einer Wertvernichtung gleich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

eine Sondersitzung des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung der Deutschen Bahn AG einzuberufen und einen Beschluss herbeizuführen, mit dem der Börsengang der DB Mobility Logistics AG auf unbestimmte Zeit verschoben wird,

Berlin, den 1. Oktober 2008

Fritz Kuhn, Renate Künast und Fraktion

Begründung:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre ein Börsengang der DB ML AG ein ruinöser Ausverkauf von Volksvermögen. Dazu tragen drei Faktoren bei:

- Die Börsenkurse sind durch die internationale Finanzkrise, insbesondere durch die Probleme vieler Finanzinstitutionen, im freien Fall und der Kapitalmarkt damit insgesamt stark belastet.
- Das Logistikgeschäft ist aus Investorensicht stark konjunkturabhängig.
- Die Weltkonjunktur befindet sich gegenwärtig auf Abwärtskurs.

Selbst führende Banker aus dem Emissionskonsortium erklären zur aktuellen Situation:

„Natürlich ist das Mist“ (...) „Aber wir machen weiter.“ (www.wiwo.de, 29.9.08).

Dies kann und darf nicht die Haltung der Bundesregierung bestimmen.

Obwohl etwa 8 Mrd. Euro von der Bundesregierung angekündigt wurden, soll nun ein weit aus niedrigerer Verkaufspreis hingenommen werden, nur um das Thema aus politischen Gründen schnell vom Tisch zu bekommen. Das wäre erst Recht ein Betrug an den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Im Übrigen wären diese Erlöse des Staates im Vergleich zu den aktuellen finanziellen Risiken (Mindereinnahmen und Ausgleichszahlungen) lächerlich gering. Zudem würde der Bund mit einem Steuerungsverlust im Bereich des Schienenverkehrs einen hohen politischen Preis bezahlen.

elektronische Vorab-Fabrik